

Schwarzwälder Tageszeitung

Gründet
1877

'Aus den Tannen'

Samstag
1922

Hg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementpreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark, monatlich 8 Mark. Einzelhefte: Die 10paltige Seite oder deren Raum 1 Mk., die 20paltige Seite 2.00 Mk. Einzelhefte: Bei den Buchhändlern der Zeitung in jeder beliebigen Anzahl oder bei den Vertriebsstellen der Zeitung. Bei den Buchhändlern der Zeitung in jeder beliebigen Anzahl oder bei den Vertriebsstellen der Zeitung.

Nr. 74.

Altensteig, Mittwoch den 29. März.

Jahrgang 1922.

Die Antwort der deutschen Regierung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. März.

Saal und Tribünen sind stark besetzt als Präsident Esse die Sitzung eröffnet.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Das Zustandekommen des Steuerkompromisses kennzeichnet die Tatsache, daß es betrachtet wird als eine Stille unserer auswärtigen Politik, die darauf gerichtet ist, einen vernünftigen Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und zu den uns auferlegten Lasten zu finden. Dieses Steuerkompromiß ist ein integrierendes Bestandteil unserer auswärtigen Politik, und wer dieses Kompromiß von innen oder außen stört, zerstört auch unsere auswärtige Politik.

Nachdem eine Störung von innen vermieden war, ist diese Störung erfolgt durch die Note der Reparationskommission. Diese Note könnte wohl eine endgültige Regelung unserer Zahlungsverbindlichkeiten sein, wenn wir in der Lage wären, ihre Bedingungen zu erfüllen und die darin festgesetzten Fristen einzuhalten. Sie würde aber einer nochmaligen Prüfung unterliegen, wenn wir die Frist des 31. Mai nicht einhalten können. Für diese Zeit sollen innerhalb 14 Tagen alle Forderungen fertig sein. Ich kann in diesem Verfahren eine praktische Lösung nicht erblicken (Sehr richtig).

Der Vorschlag der Reparationskommission an den Reichskanzler, der in überaus scharfer Form gehalten ist (sehr richtig), hat mit Recht in ganz Deutschland Erregung hervorgerufen (Beifall). Den ernsthaften Erfüllungswilligen Deutschlands wird darin in keiner Weise Rechnung getragen. (Lebhafte Zustimmung.) Die gewaltige Steuerlast, die wir jetzt auf uns nehmen wollen, wird gar nicht gewürdigt.

Zu der Forderung einer neuen 60 Milliarden-Steuer kann ich kurz, bestimmt und eindeutig feststellen, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung und unmögliche Annahme ist. (Lebhafte Beifall.) Wir haben die höchsten direkten Steuern und bringen jetzt auch die indirekten Steuern auf eine ähnliche Höhe.

Die Steuerleistung kann nur gewürdigt werden, bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage. Deutschlands Valuta wird aber gerade durch solche Noten immer weiter geschwächt. Es ist gänzlich unmöglich, Steuern zu finden, auf denen in einer so kurzen Zeit 60 Milliarden geschöpft werden können. Die Entente hätte durch ein Moratorium die deutsche Valuta stabilisieren können; ihre Note hat aber das Gegenteil erreicht, hat die deutsche Mark so entwertet, daß unser Staat über den Haufen geworfen worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es zeigt sich hier wieder, daß Gewaltpolitik die Reparationsfrage nicht fördern kann, sondern eine weitere Einschränkung der deutschen Leistungsfähigkeit herbeiführt. Damit ist wiederum auch eine Schädigung der Gegenseite bewirkt. Nicht nur aus rein parlamentarischen, politischen und technischen Gründen ist die Erfüllung der Bedingungen der Reparationskommission bis zum 31. Mai eine Unmöglichkeit. Die parlamentarisch regierten Länder der Entente wollen dafür Verständnis haben. Es hat sich gezeigt, daß auf die Reparationskommission wirtschaftliche Darlegungen der deutschen Regierung keinerlei Eindruck mehr machen. (Lebhafte Beifall rechts.) In den Kontrollmaßnahmen erheben wir einen Eingriff in die deutsche Hoheitsrechte, und einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, gegen die wir die schärfste Verwahrung einlegen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben schon genug trübe Erfahrungen besonders mit Kontrollkommissionen gemacht. (Sehr wahr.) Wir können nicht damit einverstanden sein, daß dieses schließliche, gänzlich unproduktive Kontrollsystem noch weiter ausgedehnt wird. Das ist eine Zumutung, der sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres Vaterlands und größten Volks unterwerfen kann. (Stärkster Beifall.) Eine Steuerkontrolle, die über das bisherige Aufsichtrecht der bisherigen Reparationskommission hinausgeht, und die Bedingung, Steuern in bestimmter Höhe zu veranlassen, können wir nicht anerkennen. Es ist unmöglich, für einen demokratischen Staat, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die eine fremde Kommission jeweils von ihm verlangt. Die staatlichen Grundlagen würden dadurch erschüttert und untergraben werden. Im Friedens-

vertrag und auch im Londoner Ultimatum ist ausdrücklich betont worden, daß solche Befugnisse, wie sie hier verlangt werden, der Reparationskommission nicht eingeräumt werden sollen. Daran erinnern wir jetzt die alliierten Mächte.

Der Reichskanzler weist dann den Vorwurf zurück, daß die Reichsregierung verschwenderisch wirtschaftet. Von den 200 Papiermilliarden des Etats entfallen nur 9,5 auf die Reichsverwaltung. Der Reichspräsident und sämtliche Minister zusammen kosten noch nicht soviel wie zwei Entente-generale. Deutschland wird wohl in der Verwaltung sparen, Gewinne können dabei unendlich herauskommen. Aus dem Reibn einzelner Kriegsgewinnler und valutastarker Ausländer in Deutschland darf nicht auf die Lage des deutschen Volkes geschlossen werden. Die Forderungen der Reparationskommission zur Vermeidung der Kapitalflucht werden wir gerne erfüllen, helfen kann aber nur ein internationales Zusammenwirken. Die beste Lösung wäre eine Besserung der deutschen Valuta. Die Zwangsanleihe wird mit ihrem Ertrag von einer Milliarde Gold schon weit über die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden Papiermark hinausgehen. Die Erfüllung der Reparationspflicht kann aber damit nicht allein ermöglicht werden. Dazu brauchen wir eine äußere Anleihe. Diese wird aber durch solche Mittel gefährdet, wie die Haltung der Reparationskommission, die das Weltkapital zur Zurückhaltung bringt. Das Weltkapital wird eine solche Anleihe erst bewilligen, wenn uns für einen längeren Zeitraum wirtschaftliche und finanzpolitische Atemfreiheit gewährt wird. Wir werden die Note weiter genau prüfen, ehe wir die schriftliche Antwort erteilen. Wir verstehen nicht, daß uns in der Note gewisse Zahlungserleichterungen gewährt werden und daß wir die Erfüllung eines Teils ihrer Bedingungen versprechen können. Unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bilden aber die Voraussetzung einer so mechanischen Maßnahme, wie sie in der Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern von uns verlangt wird, nicht.

Wir wollen unsere Steuern verbessern; eine gesunde Lösung kann aber nur gefunden werden, in einer Verbesserung unserer Valuta. Unsere Hoffnung besteht darin, daß der Gedanke einer internationalen Reparationsanleihe Anklang im Ausland findet. Wir wollen durch die Erfüllungswilligkeit des praktischen Nachweis führen, wie weit die Erfüllungsmöglichkeit geht. Wir werden trotz der empfindlichen Siderungen, die die Note der Reparationskommission bedeutet, alle unsere Kräfte daransetzen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. (Lachen und Beifall rechts.) Bei der Verschlechterung unserer Valuta infolge der neuesten Note der Reparationskommission wird uns ohne die Hilfe ausländischen Kapitals die Erfüllung der Reparationspflicht nicht möglich sein. Auch in dieser trüben Stunde bin ich nicht ohne Hoffnung. (Lachen rechts.) Wir ohne Hoffnung ist, der harte die Finger von der Politik fern. (Beifall bei der Mehrheit.) Der Aufbau Europas und Deutschlands ist jetzt die Aufgabe der Welt, der auch die Konferenz von Genoa dienen soll. Ohne die gewerkschaftliche Befundung Deutschlands ist der Wiederaufbau der Welt nicht möglich. Es ist zu wählen zwischen dem Geiß von Genoa und dem Geiß der jüngsten Reparationsnote. Ich kann mir nicht denken, daß man leichtfertig den Wiederaufbau der Welt gefährden will, sondern hoffe, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit auch die Gegner veranlassen werde, Deutschland den Weg des Vererbens zu ersparen. Die Regierung erinnert Sie daran, daß die Ohren der Welt auf Ihre Ansprache gerichtet sind. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Die Aussprache.

Hg. Hergt (D. N.) dankt dem Reichskanzler, daß er heute wenn fern zum erstenmal die unerschämte Zumutung der Finanzkontrolle energisch zurückgewiesen habe. Nicht einverstanden sei seine Partei aber mit anderen Teilen der Erklärung des Reichskanzlers, besonders mit seiner Zustimmung zu den Zahlungsbedingungen, die wesentlich über das hinausgingen, was als Erfolg von Cannes gebucht worden sei. Der Reichskanzler hätte deshalb diese Art des Moratoriums ablehnen sollen. Er habe die Möglichkeit seiner Ergänzung der Steuern zugesehen. Solange der Reichskanzler nicht die Erklärung abgibt, daß auch nicht ein Teil der 60 Milliarden Steuern zugestanden werde, stehe ihm keine Partei mitzutritt gegenüber. Für eine wirkliche Einheitsfront der Abwehr diene die jetzige Regierung keine Gewähr. Sie ge-

niesse im Ausland kein Vertrauen und habe auch im Innern keinen Rückhalt. Sie hätte einer anderen Regierung Platz machen müssen. Neuwahlen seien nötig und gleichzeitig Neuwahl des Reichspräsidenten.

Hg. Stampfer (Soz.) polemisierte scharf gegen den Vordem wegen seiner Angriffe auf den Reichskanzler und erklärte, daß endlich dafür gesorgt werden müsse, daß die Bedingungen des Versailler Friedensvertrags erfüllt würden, daß den Arbeitern aller Länder ein menschenwürdiges Dasein gesichert werde. Für den Aufbau in Frankreich sage er: Diplomaten hinter die Front und Arbeiter an die Front! — Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt.

Clemenceau gegen Lloyd George.

Die neuen englisch-französischen Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Versailles-Vertrages können zwar nicht als sensationelle Enthüllungen bezeichnet werden, klären aber unterstreichen aber doch eine Anzahl für uns Deutsche sehr wesentlicher Punkte. Die englische Regierung hat bekanntlich vor einigen Tagen ein Memorandum Lloyd Georges veröffentlicht, das am 25. März 1919 der Friedenskonferenz übergeben worden war. Darin hatte sich der englische Ministerpräsident gegen die von Frankreich beabsichtigte und später durchgeführte territoriale Verkleinerung Deutschlands gewandt und gefordert, daß im Hinblick auf einen dauerhaften Friedenszustand möglichst wenig Deutsche unter fremde Herrschaft kommen sollten. Dieser „gerechte Frieden“ würde Deutschland vor dem Volkswind bewahren und ihm gestatten, die Reparationen zu zahlen. Die Bedingungen müßten darauf sein, daß eine verantwortliche Regierung in Deutschland sie auch durchzuführen imstande sei. Mit keinem Worte war freilich in diesem Memorandum der Tatsache Erwähnung getan, daß England selbst Deutschland Kolonien, Kriegs- und Handelsflotte und alle irgendwie erfaßbaren deutschen Auslandsvermögen geraubt hatte.

Die jetzt von Tardieu veröffentlichte Antwort Clemenceaus vom 29. März 1919 geht sofort zum Angriff gegen diese schwache Stelle des britischen Memorandums vor. Während sie die eigenen Eroberungsziele in Europa mit einem Sophismus absterbt Art der Friedenskonferenz mündgerecht zu machen sucht, kennzeichnet sie die von England beabsichtigte Vernichtung der weltpolitischen Geltung Deutschlands mit großer Deutlichkeit. Diese französische Deutlichkeit war ein taktischer Zug, der seine Wirkung nicht verfehlt hat. Da die Briten nicht gewillt waren, ihre eigenen Kriegsgewinne auch nur im geringsten preiszugeben, so blieb ihre Stellung gegenüber den französischen Raubzielen in Europa ohne richtige Stoßkraft. Trotzdem kann man nach vielem anderen, was inzwischen bekannt geworden ist — es sei nur an die Tardieuschen Enthüllungen über die Geschichte des Friedensvertrages erinnert — unbedingt annehmen, daß Engländer und Amerikaner sich niemals in dem Auslande, wie es nachher geschehen ist, vor dem französischen Willen gebeugt hätten, wenn ihre Politik durch nationalen Zusammenschluß und einschließende Abwehrpolitik in Deutschland die nötige Unterstützung gefunden hätte. Der Umfall der deutschen Nationalversammlung hat uns jeder Möglichkeit, einen besseren Frieden zu erlangen, beraubt. Die Dinge waren damals noch im Fluß; vieles, was heute unerreichbar erscheint, wäre damals vielleicht noch zu erringen gewesen. Daß dieser, wie wir jetzt wissen, keineswegs ansichtslose Versuch nicht gemacht worden ist, bleibt ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes.

Neues vom Tage.

Schiffer bei Wirth.

Berlin, 28. März. Der deutsche Bevollmächtigte in den deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister a. D. Schiffer, ist gestern, d. „Berl. Ztg.“, aus Genf hier eingetroffen und hat sich bereits mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen in Verbindung gesetzt. Auf deutscher Seite sieht man keinen Anlaß, weitere Schritte zu tun, das bringt so auch die Abreise des Ministers Schiffer deutlich zum Ausdruck. Sollten die Polen auf ihren Erklärungen verharren, so wird ein Schiedspruch Calenders unvermeidlich sein. Eine neue Entscheidung dürfte aber wahrscheinlich auch die Reichsregierung vor die Notwendigkeit stellen, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Londoner Beschwichtigungen.

Frankfurt a. M., 28. März. Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Maßgebende Londoner Stellen sind der Meinung, daß infolge einer gewissen Unklarheit in Deutschland durch die Note der Wiederherstellungskommission schwerwiegende Mißverständnisse, wie über die Steuerlasten und die Kontrolle, entstanden sind. Auch die Engländer halten angesichts der deutschen Wiederherstellungsverpflichtungen und des Ausfuhrertrages den im deutschen Haushalt errechneten Ueberschuß von 16 Milliarden im ordentlichen Plan für zu gering. In dieser Hinsicht wird folgendes als Sinn der Wiederherstellungsnote betrachtet: Zwar wird jedenfalls im Entschädigungsvoranschlag ein Fehlbetrag bestehen bleiben, der durch innere oder äußere Anleihen gedeckt werden muß (wobei zu bemerken ist, daß ein Kredit zur Zahlung für 1922 nicht als aussichtslos gilt), aber die Wiederherstellungskommission glaubt, daß dieser Fehlbetrag im Entschädigungsvoranschlag durch Vermehrung des ordentlichen Steuerertrags wesentlich verkleinert werden könne. Die Wiederherstellungskommission verlangt deshalb einen nur 60 Milliarden bzw. bis zum Jahresende einen um 40 Milliarden höheren Steuerertrag im ordentlichen Haushalt. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß auf die gesamte Last des Steuerkompromisses einschließlich der Zwangsanleihe neue 60 Milliarden getarnt werden sollen. Die Londoner Auslegung ändert zwar wenig an der Befürchtung, daß die Verbündeten unsere Leistungsfähigkeit weit überschätzen, aber ein wesentlicher Unterschied gegenüber der bisherigen Auslegung ist offensichtlich. Noch wichtiger ist ein zweiter Punkt: London sieht es als entscheidend an, daß die von den französischen Extremisten geforderte sofortige Einmischung in die deutsche Verwaltung gerade nicht stattfinden wird, vielmehr solle Deutschland in zwei kommenden Monaten, in die übrigens die Genue-Konferenz fällt, ohne derartige Einmischung selbst überlegen und vorschlagen, wie es weiterhin Reformen ausbauen wolle. Dann erst würde die Wiederherstellungskommission prüfen und den Verbündeten Interesse liegt. Uebrigens könne bedingter Aufschub bewilligt werden, und Deutschland werde nicht ultimativ vor die Frage, Ablehnen oder Annehmen, gestellt, sondern aufgefordert, in bestimmtem Sinne zu überlegen und zu handeln, wofür ein Zeitraum bis Ende Mai zur Verfügung steht.

Ein saubere Generaldirektor.

Berlin, 28. März. Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Oberschlesien, daß Generaldirektor Hilger von der Königs- und Laurahütte, der vor einigen Tagen aus dem Berg- und Hüttenmännischen Verein ausgeschieden ist, sich an den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke in Warschau gewandt haben soll mit der Bitte um Aufnahme in diesen polnischen industriellen Verband. Auf dieses Ansuchen soll ihm vom Warschauer Verband eine Abfuhr erteilt worden sein.

Protest gegen französische Übergriffe.

München, 28. März. Vor einiger Zeit ist der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Hammerichmidt wegen einer Versammlungsrede in Neustadt vom französischen Militärgericht unter Nichtachtung der Abgeordnetenimmunität zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Nach Mitteilung des Ministeriums des Reichens an den Versammlungsausschuß des Landtags hat das deutsche Außenamt durch den Botschafter in Paris gegen das Urteil Einspruch erhoben und diesen ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß solche Vorkommnisse vermieden werden und daß die Zurückzahlung der Geldstrafe erfolgt. Wegen ähnlicher Fälle wird das Außenamt noch die einzelnen Schritte unternehmen.

Leserbrief.

Und ist auch der Himmel von Wolken grau,
Doch droben leuchtet das ewige Blau.
Und ist auch die Erde winterlich weiß,
Der Frühling schlummert tief unter dem Eis.
Und ist auch voll Gram und Kummer dein Herz;
Es blühet die Freude aus Nacht und Schmerz.

Emanuel Geibel.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Kollinger.

(98)

(Nachdruck verboten.)

Sie fühlte sich nicht frei von Wangen, als ihr die Schwester am Nachmittag das Erscheinen zweier Herren vom Gericht ankündigte. Da man ihr auf Roberts Verlangen von Anfang an ein Einzelzimmer eingeräumt hatte, konnten die beiden Herren, nachdem sie sich zu ihrem Empfange bereit erklärt hatte, ohne alle weiteren Vorbereitungen zu ihr geführt werden.

Inge hatte erwartet, den Polizeikommissar wiederzusehen, der sie bald nach ihrer Einlieferung über die Ursache ihrer Verlegung befragt hatte, aber sie erblickte zwei ihr unbekannte Gesichter und erfuhr, daß der freundliche, kahlköpfige Herr, der sie mit großer Artigkeit begrüßte, der Untersuchungsrichter Doktor Mengers sei, während er ihr seinen Begleiter als den zur Aufnahme des Protokolls mitgebrachten Gerichtsdiener vorstellte. Doktor Mengers erkundigte sich, ob sie sich kräftig genug fühle, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die man wegen ihrer Wichtigkeit nicht wohl noch länger hinauschieben könne, und auf ihre bejahende Antwort fuhr er fort:

Die internationale Rheinkonferenz.

Basel, 28. März. Die internationale Rheinkonferenz ist statt auf den 25. April bereits auf den 8. April zu ihrer Tagung nach Straßburg einberufen worden. Sie wird die Revision der Mannheimer Schiffahrtsakte von 1868 behandeln.

Die schweizerisch-badische Rheinkonferenz, die letzte Woche in Basel tagte, hat bezüglich der Bodensee-Regelung und der Fortführung der Schiffahrt von Basel bis zum Bodensee sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt.

Genue-Anfragen im Unterhaus.

London, 28. März. In den gegenwärtigen Unterhausstunden kommt ein großes Interesse für die Genue-Konferenz zum Ausdruck. Chamberlain erklärte auf eine Anfrage, daß die Regierung am nächsten Montag, an dem Tage, an dem Lloyd George seine große Rede halten will, vollständig Auskunft geben werde. Lord Bentinck fragte: Wozu dient eine Erörterung der Salutasfragen in Genue, wenn man das Reparationsproblem und die Friedensverträge von der Konferenz ausschließt. Eine zweite Anfrage lautete, wozu Lloyd George nach Genue ginge, wenn die Reparationskommission die Wechselkurse Europas sabotiere? Die Regierung antwortete auf beide Fragen nicht.

Vorerst keine neue Finanzminister-Konferenz.

London, 28. März. Wie verlautet, findet die beabsichtigte zweite Konferenz der alliierten Finanzminister vorerst nicht statt. Als Grund wird Zeitmangel wegen der Konferenz von Genue angegeben.

Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen in Paris.

Paris, 28. März. Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, General Allet, ist in Paris eingetroffen, um mit dem amerikanischen Botschafter Merril und dem amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission, Boyden, die Frage des Rückzugs sämtlicher amerikanischer Truppen am Rhein zu besprechen. Bisher hat die Pariser Reise des Generals damit in Zusammenhang, daß die Entente-Regierungen bei der amerikanischen Regierung vordringlich werden sollen, um den Rückzug der Amerikaner vom Rhein zu verhindern.

Serbien erkennt die Unabhängigkeit Albaniens an.

Belgrad, 28. März. Der Ministerrat hat den Entschluß, die Unabhängigkeit Albaniens sowie die jetzige Regierung Albaniens anzuerkennen.

Zahlungseinstellung einer schweizerischen Großbank.

Zürich, 28. März. Eine der ältesten Lausanner Banken, die Bankfirma Dubois Freres, Kommanditgesellschaft, hat infolge Veruntreuungen ihres Verwalters und Salutaspekulationen ihre Zahlungen eingestellt.

Harding über die Reparationsnote beunruhigt.

New York, 28. März. Laut „Frankf. Ztg.“ sagt der gewöhnlich verlässige Washingtoner Korrespondent der New Yorker „Tribune“, Harding sei über die Note der Reparationskommission höchst beunruhigt. Er befürchtet, daß ihre Auswirkungen die europäische Wirtschaft weiter zerrütten und damit eine schwere Schädigung der amerikanischen Ausfuhr nach sich ziehen werde.

Reichstagspräsident über die politische Lage.

Berlin, 28. März. In einer in Rendsburg abgehaltenen Versammlung sprach Reichstagspräsident Böhme über die politische Lage. Er gab die Unmöglichkeit an, die Gegner Deutschlands von der Unstimmigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen und bezeichnete es als unmöglich, daß durch diese neuen Forderungen eine Regierungskrise geschaffen werde. Ueber die Konferenz von Genue sagte er, dort solle die Angliederung Deutschlands an die übrige Welt erreicht werden. Wenn man auch wisse, daß die Besprechungen in Genue die Dinge doch nicht von Grund auf ändern.

„Was den Vorfall im Hause des Fräulein Magnus betrifft, so besitzen wir ja bereits Ihre Aussage, und ich habe Sie lediglich zu fragen, ob Sie derselben etwas hinzuzufügen oder etwas daran zu berichtigen haben. Ich lege darauf im übrigen für den Augenblick kein besonderes Gewicht, weil dieser Vorfall zur Erhebung einer Anklage wohl schwerlich führen wird. Aber es gibt noch eine andere Angelegenheit, in der Ihre Aussage uns möglicherweise von großer Bedeutung sein kann. Und in dieser muß ich Sie schon bitten, sich durch keinerlei Rücksicht auf irgendeinen lebenden oder toten Menschen bestimmen zu lassen, mir irgend etwas zu verschweigen. Sie sind mit dem Fräulein Luiza Magnus schon seit längerer Zeit bekannt?“

„Ja.“
„Stehen Sie zu ihr in einem freundschaftlichen Verhältnis — oder haben Sie früher in einem solchen Verhältnis zu ihr gestanden?“

„Es gab allerdings eine Zeit, in der wir Freundinnen waren, aber sie ist längst vorüber.“

„Mit anderen Worten: Sie sind jetzt mit der Dame verfeindet?“

„Ich mache kein Hehl daraus, daß ich keine Veranlassung habe, sie zu lieben.“

„Daß Sie ihre Aussagen dadurch nicht beeinflussen lassen dürfen, brauche ich Ihnen wohl nicht erst ausdrücklich zu sagen. Sie lernten das Fräulein Magnus in Hamburg kennen. Wie waren die Verhältnisse beschaffen, in denen sie damals lebte?“

Inge erschrak. Noch wußte sie ja nicht, worauf dies Verhör hinaus sollte; aber sie ahnte, daß hier Dinge zur Sprache kommen könnten, die es ihr unmöglich machen würden, zu verschweigen, was sie doch um jeden Preis hatte verschweigen wollen. Darum, statt die an sie gerichtete Frage zu beantworten, sagte sie:

„Ist es wirklich durchaus notwendig, Herr Untersuchungsrichter, daß gerade ich Ihnen die gewünschten Auskünfte gebe? Eben weil meine Beziehungen zu Fräulein Magnus nicht von freundschaftlicher Art sind, wäre es mir lieb, wenn ich von solcher Verpflichtung entbunden werden könnte!“

„Es tut mir leid, Fräulein Holtzhausen, aber ich kann Ihnen die Zeugenaussage nicht ersparen! Im Interesse

derer, so wurde doch immerhin hoffentlich ein Anfang dazu gemacht werden.“

Deutschland muß bezahlen!

Paris, 28. März. Im Senat sagte Senator Bergeranger, man müsse feststellen, daß die Reparationskommission bis jetzt nicht sehr befriedigt habe. Das Land wolle nicht in den Steuern untergehen, sondern es wolle, daß Deutschland bezahle. Man sehe Deutschlands Fabriken in voller Tätigkeit, seinen blühenden Handel, seine wirtschaftliche und militärische Wiedererhebung. Aber Deutschlands steuerliche Aufstrengungen seien dreimal geringer als die Frankreichs und Englands. Wenn Deutschland nicht die nötigen Anstrengungen mache, müsse man die Pfänder beschlagnahmen, die durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzt seien. Frankreich erwarte, daß die Reparationskommission ihre Pflicht erfülle. Es wäre für Frankreich möglich, wenn es nicht Deutschland zu zwingen versuche, daß es bezahle, was es schulde.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 29. März 1920

* Ergänzung des Ostkassenverzeichnisses. Aus der im Reichsgeblätt Nr. 21 veröffentlichten Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums vom 3. März über die vom Reichsrat und 39. Reichstagsausschuß vorgenommene Neuordnung des Ostkassenverzeichnisses ist eine Ergänzung des Ostkassenverzeichnisses für Württemberg zu entnehmen. Danach sind mit Wirkung vom 1. April 1920 die nachstehend verzeichneten Ostkassen in die beigesetzten Ostkassen eingereiht worden: im Oberamt Nagold: Altensteig, Stadt C, Wilddorf D. Im Oberamt Calw: Stummheim D, Zelmühle (Ede. Holzbrunn) D, Zinach mit Belsdorf C, Jovestheim D. Im Oberamt Herrenberg: Gensberg C. Im Oberamt Neuenbürg: Demnach mit Belsdorf Neuenbürg C.

* R. I. J. R. 246. Die ehemaligen Angehörigen des Reserve-Inf.-Regiments 246 werden darauf aufmerksam gemacht, daß für in Rot geratene Kameraden und im Hinterbliebenen ein Unterstützungsfonds besteht. Begründete Gesuche sind zu richten an den Vorstand der Vereinigung ehemaliger Angehöriger des R. I. J. R. 246, Eichhingen, Theodor Häring in Eichlingen, Weilerstraße 9; für den Bezirk Nagold hat außerdem Schriftführer, Schaidle hier die Vermittlung übernommen.

Die Erhöhung der Posttarife. Die Nachricht, daß mit einer Erhöhung der Posttarife zum 1. Mai zu rechnen sei, wird von zuständiger Seite als unzutreffend bezeichnet, ebenso wie die weiter daran geknüpften Angaben über die Erhöhung einzelner Tarife. Die Verhandlungen darüber sind keineswegs abgeschlossen. Vor dem 1. Juli wird voraussichtlich eine Erhöhung der Tarife nicht in Kraft treten.

Erster deutscher Angestelltenkongress in Weimar. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der in der Angestelltenbewegung den Einheitsgedanken nicht nur theoretisch vertritt, sondern durch Zusammenführung der früheren großen Organisationen: Kaufmännischer Verein von 1868, Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Verein der Deutschen Kaufleute und Deutscher Angestelltenbund, zu einem Einheitsverband in die Wirklichkeit umgesetzt hat, gab am 1. Juli einen ersten deutschen Angestelltenkongress in Weimar ab. Diese Tagung, für die bereits eingehende Vorbereitungen getroffen werden, wird sich mit den wichtigsten Fragen der Angestelltenbewegung und des deutschen Wirtschaftslebens befassen. Der größte Teil der deutschen Angestellten (der Gewerkschaftsbund der Angestellten zählt über 350 000 Mitglieder) wird sich bei dieser Tagung

der Rechtspflege darf ich keine persönlichen Rücksichten nehmen. Und es handelt sich hier vielleicht um Feststellungen von der allergrößten Wichtigkeit. In welchen Verhältnissen also lebte das Fräulein Magnus, als Sie in Hamburg ihre Bekanntschaft machten?“

„Ich sehr bescheidenen, soweit ich weiß. Ihr Vater, der brasilianische Oberst Magnus, war schwer krank, und sie erzählte uns, daß ihm die Auszahlung seiner Pension von Seiten der brasilianischen Regierung schon seit geraumer Zeit vorenthalten werde.“

„Fräulein Magnus war damals verlobt? — Mit einem Rentier namens Jens Jonssen? Haben Sie auch den gekannt?“

„Ich bin ihm häufig begegnet.“
„Er war erheblich älter als seine Verlobte?“

„Ja.“
„Und es war allgemein bekannt, daß er sehr reich sei?“

„Das vermag ich nicht zu sagen.“
„Fräulein Magnus aber wußte es doch jedenfalls?“

„Ja, ich glaube, daß sie es gewußt hat.“
„War es nach Ihrer Meinung von Seiten der Brasilianerin eine Verlobung aus Liebe oder aus Berechnung?“

„Darauf muß ich die Antwort verweigern. Ich brauche doch wohl nur über Tatsachen Auskunft zu geben, nicht über meine Gedanken und Vermutungen.“

„Dazu kann ich Sie allerdings nicht zwingen. Kurz vor dem für die Hochzeit angeetzten Termin ist dann der Rentier Jens Jonssen plötzlich gestorben. Nach Ausweis des amtlichen Totenscheins an einem Schlagfluß, und auf Grund eines Testaments, das er wenige Tage vor seinem Ableben errichtet hatte, wurde dann Fräulein Magnus die alleinige Erbin seines großen Vermögens. Sind Sie überzeugt, daß es bei alledem durchaus mit rechten Dingen zugegangen ist?“

„Ich kann darüber nichts sagen.“

„Wie soll ich das verstehen? Sie können nichts darüber sagen, weil sie nichts darüber sagen wollen — ist es so gemeint?“

„Ich muß Ihnen freistellen, es so zu handeln.“
Fortsetzung folgt.



Handel und Verkehr.

Zollmarkt am 28. März 340.40 Mark.
Siechmarkt Karlsruhe, 27. März. Zufuhr: 203 Stück und zwar 34 Ochsen, 11 Bullen, 15 Kühe, 25 Kälber, 9 Kälber, 109 Schweine. Es wurde bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Sorte 2000 bis 2100, zweite 1900-2000, dritte 1800-1900, vierte 1700-1800; Bullen erste 1800-1900, zweite 1700-1800, dritte 1600-1700; Kühe und Kälber dritte 2000-2100, zweite 1900-2000, dritte 1800-1900, vierte 1750-1900, fünfte 1000-1200; Kälber dritte 1950-2000, vierte 1900-1950, fünfte 1800-1900; Schweine 240-300 Pfd. 2300-2400 M., 200-240 Pfd. 2200-2300 M., 160-200 Pfd. 2100-2200 M., 160 Pfd. 2000-2100 M. Sauen 1900-2000 M. Bemerkungen: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: langsam. Markt nicht geräumt.

Stuttgart, 28. März. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 12 Ochsen, 6 Bullen, 86 Jungbullen, 80 Jungkühe, 82 Kühe, 379 Kälber, 510 Schweine, 72 Schafe, 1 Ziege, die alle verkauft wurden. Erlöse wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 2000-2200, zweite 1500-1800, Bullen erste 1750-1850, zweite 1550-1700, Jungbullen erste 2000-2200, zweite 1750-1900, dritte 1400-1600, Kühe erste 1400-1600, zweite 1050-1200, dritte 850 bis 950, Kälber erste 2100-2200, zweite 1900-2000, dritte 1600-1750, Schweine erste 2500-2650, zweite 2300-2400, dritte 2150-2250 M. Verkauf des Marktes: Bei schwacher Zufuhr lebhaft.

Letzte Nachrichten.

Zur Rede des Reichskanzlers.

WTB. Berlin, 29. März. Die gestrige Rede des Reichskanzlers über die Note der Reparationskommission findet in

ihrem negativen Teil die Zustimmung sämtlicher Blätter von der „Neuzzeitung“ bis zur „Freiheit“. Der positive Teil dagegen, der die Fortsetzung der Erfüllungspolitik erklärt, wird von der deutsch-nationalen Presse abgelehnt mit der Feststellung, daß diese Politik einen völligen Zusammenbruch eintreten läßt.

Die „Neuzzeitung“ schreibt: Es gab nur einen eindrucksvollen Protest gegen die Note der Reparationskommission, das war der Rücktritt des Erfüllungskanzlers und die Aenderung des politischen Systems.

Die volksparteiliche „Zeit“ nennt die Rede des Reichskanzlers den Beginn eines neuen Abschnitts unserer Nachkriegspolitik, der die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik in eine Katastrophopolitik umschlagen läßt, oder wenn die Entente endlich zur Vernunft kommt, zu erträglicheren Verhältnissen überleitet.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unterstreicht die Entschiedenheit, mit der der Kanzler auf die im groben Entwurfsentwurf gegebene Note geantwortet habe, und schreibt weiter: Dr. Brüning hat mit ebensolcher Entschiedenheit den Ostaparat, wie den Kommissionsauftrag der Entente gekennzeichnet, seine schwächliche Ambition, der das verarmte deutsche Volk durch garz Bataillone von Nichtstunern ausgelegt ist.

Die „Germania“ hofft auf den Eindruck, den die weite Welt draußen von dem gestrigen Tag haben werde. Möge sie es auf sich wirken, was von der deutschen Regierungsbank gesagt wurde und übersehen sie dabei nicht, wer es ausgesprochen hat, der Mann nämlich, der unentwegt und allen Hindernissen von innen und außen zum Trotz seit fast einem Jahr den christlichen Erfüllungswillen des deutschen Volkes durch die Tat bewiesen hat, dann ist uns um den Erfolg nicht bange.

Die Russen in Berlin.

WTB. Berlin, 29. März. In einer gestern in der

Poliharmonie stattgefundenen Versammlung rechtsstehender Russen wurde wdh end der Versammlung auf den Verträgen aus deren Mitte geschlossen. Eine Person wurde getötet, mehrere Personen durch Revolverkugeln schwer verletzt. Es entstand ein furchtbarer Tumult. Einer der Schächer wurde verhaftet und nach der Wache gebracht. Kriminalpolizei wurde alarmiert.

Verhaftungen im belagerten Gebiet.

WTB. Berlin, 28. März. Nach einer Mitteilung der „Voss. Zig.“ aus Landau haben die franz. Militärbefehlshaber in Landau, Wissemburg und einigen Nachbarorten dieser Tage Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Vereinsvorständen und auch eine Anzahl Verhaftungen von Vereinsmitgliedern vorgenommen. Die Verhafteten werden von den Franzosen beschuldigt, Komplote zur Belämpfung der franz. Truppen geschmiedet zu haben.

Rückkehr der in Frankreich noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen?

WTB. Berlin, 28. März. Wie der „S. B. am Mittag“ aus Karlsruhe berichtet wird, ist von den gegenwärtig auf dem Fort von Toulon in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen der Kriegsgefangene Friedrich Siedler noch siebenjähriger Kriegsgefangenschaft hierher zurückgekehrt. Er erklärte, in etwa 14 Tagen würde der Rest der noch in Frankreich in Gefangenschaft gehaltenen Deutschen nach der Heimat zurückkehren können.

WTB. Berlin, 28. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die sich noch in Toulon aufhaltenden deutschen Gefangenen den R. K. der früher in Kolonien gefangen gehaltenen Deutschen beistehen, die dorthin übergeführt worden sind. Die Regierung hofft, alsbald auch diese letzten Angehörigen in die Heimat befreit zu können.

Druck und Verlag der W. Meyer'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Laut.

Umtliche Bekanntmachungen.

In dem Gebiet des Frey Gauß, Landwirtschaft in Gimmansweiler ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Spezialziel: Die ganze Gemeinde Gimmansweiler mit Ausnahme der Strohe von Simmesfeld nach Ueberberg.

In dem Umkreis vor 15 Km. um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Gillingen, Jelschhausen, Schillingen, Sulz, Ober- und Untertalheim und folgende Gemeinden der Nachbarämter:

1. Oberamt Calw: Hornberg, Zwettberg, Martinsmoos, Nischthalben, Bergorie, Agnibach, Oberlöswangen, Beitenberg, Oberhaugreit, Ne- und Albulach, Holzbronn, Sommerhardt, Leinach, Zwellstein, Altbürg, Oberreichenbach, Adenbach, Wargbach, Neuweiler, Liebelsberg, Schmitz, Emberg;

2. Oberamt Neuenbürg: Enzklösterle und Wildbad;

3. Oberamt Freudenstadt: Schwarzenberg, Baiersbrunn, Röhrenreichenbach, Ober- und Untermusbach, Gallwangen, Hirschweiler, Zwingen, Esbach, Perzelsweiler, Turmweiler, Pfalzgrafenweiler, Grotzweiler, Zgelsberg, Erzgrube, Wörnersberg, Schabach, Hochdorf, Göttingen, Belsenfeld, Dürenbach, Adt und Heselbach;

4. Bez.-Amt Gerrensbach: Forbach, Gansbach, Langenbrand und Reichental.

In übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchensfall in Speilberg.

Nagold, den 28. März 1922. Oberamt: Müng.

Das Reichsernährungsministerium hat mit Erlaß vom 16. März 1922 N. 11/5. 490 die Genehmigung an die Landesversorgungsstelle, den landwirtschaftlichen Kleinrentnern für Schleie, zur menschlichen Ernährung ungeeignete Kartoffeln Brennerlandbals zu gewähren, auf 50 Proz. des regelmäßig 4 hl reinen Alkohols betragenden Brennereibestands. Die Landesversorgungsstelle, Abstellung Kartoffeln kann demgemäß nur noch bis zur Höchstmenge von 56 Ztr. Brennereibestands erteilen und muß die Freigabe größerer Mengen ungenehmigter Kartoffeln bezw. die Verlegung solcher Bestände an das Reichsernährungsministerium verweigern.

Nagold, den 28. März 1922. Oberamt: Müng.

Biehverkauf.

Nächsten Freitag, den 31. März, von vormittags 8 Uhr ab, haben wir in unseren Stallungen im Gasthaus zum Löwen in Calw einen sehr großen Transport



erklässiger, junger, harter, gewöhnlicher Milchkuhe,

trächtige Kühe (Schaffkühe)

sowie eine große Auswahl harter, gewöhnlicher trächtiger Kalbinnen,

zum Verkauf, wozu Liebhaber zum Kauf und Tausch einladen

Rubin, Salomon und Max Löwengart.

Forstamt Enzklösterle. Nadelholzstangen-Verkauf

Im schriftlichen Auftrage.

Aus dem Staatswald: 1226 Bauft. I.-III. Kl., 1034 Daft. I.-II. Kl., 2280 Doppeln. I.-III. Kl. und 1595 Reisstangen. Liebhaber wollen ihre in Geld für 1 Stück der Klasse des betreffenden Sortimentes ausgedrückten Gebote unter Vorzeichnung der hierfür im Besondere vorgesehener Spalte „Angebot in Geld pro Stück“ abgeben u. verschließen u. unterschrieben mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstangen“ versehen spätestens bis Donnerstag, den 6. April 1922, nachmittags 4 Uhr beim Forstamt einreichen, in dessen Geschäftszimmer die Öffnung der Gebote zu dieser Zeit stattfindet. Losezeichnungen von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

Nagold und Ebhausen.

Krankenartikel

2. Rinder- u. Wollschafstapfen, Gummieinlagen, Bruchbänder

Krankenweine, Champagner, Cognak

empfehlen in reicher Auswahl

Löwenapotheke Gbdt. Benz

Hauptgesch.: Filialdrogerie: Nagold. Ebhausen.

Nam.: Schriftl. Bestellungen werden billigt, bei größeren Aufträgen franco ausbezahlt.

Ein selbständiger

Langholzfuhrmann

kann sofort eintreten bei

Harter, Enzklösterle, Wildbad.

Henkels PERSIL Bleichsoda

Dixin-Seifenpulver

Ata-Scheuerpulver

Flammers Seifenpulver

Seife

Waschblau

in Dosen und Pulverform

Bügelkohlen

in 1- und 2-kg-Packung

Sidol-Metall-Putzmittel

Schuhcreme

in verschied. Fabrikaten und Packungen

Linoleumwischse

gelb u. weiss in 1/4, 1/2 u. 1 kg Dosen

Stahlspähne

Bürsten für alle Zwecke

Bodenöl, geruchlos

Scheuertücher usw.

empf. zur Frühjahrsreinigung bei billigsten Preisen

Lorenz Luz jr.

Altensteig, Telef. 46

Unterzeichnete jetzt eine schwere, mit dem zweiten Kalb 32 Wochen trüchtige, gute

Auf- und Schaffkuh

dem Verkauf aus

G. Schüle, Wagner Hofelden.

NISSIN

gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen.

Zu haben Apotheke.

Das neue

Favorit-Moden-Album

für Frühjahr und Sommer

ist erschienen und zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

ALTENSTEIG.

Aluminiumgeschirre
Emailgeschirre
Gussgeschirre
Stahlpfannen
Messingpfannen

empfiehlt in schöner Auswahl

PAUL BECK.

Hoffelt.

Am Samstag den 1. April 1922, mitt. 1 Uhr bringen die Lehndauern in der Krone in Hoffelt

38 Km. Nadelholzstangen
und 20 Km. dito Brügel

zum Verkauf. Genehmigung bleibt vorbehalten.

Futterkalk

alte bewährte Marken!

Brockmann's

in Pfund Paketen Mt. 5.- per Pfund

„Porog“

das 2 Pfund Paket SRI. 7.-
" 6 " " " 20.-
frisch eingetroffen bei

Fritz Bühler jr.
Altensteig.

Zucker's Patent-Medizinal-Seife

in Verbindung mit Zuckoox-Creme beseitigt rasch alle Hautunreinigkeiten und erzeugt eine gesunde, schöne Haut

Zu haben:

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41

